

Antrag

**der Abgeordneten Stephan Jersch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Metin Kaya,
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann und
Insa Tietjen (DIE LINKE)**

zu Drs. 22/9722

Betr.: Hamburg braucht eine/n Tierschutzbeauftragte/n!

Mit der Drs. 22/9722 legen die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN einen Antrag vor, um dem Tierleid, das aus dem illegalen Welpenhandel auch in der Freien und Hansestadt Hamburg entsteht, entgegenzuwirken. Dazu werden begrüßenswerte Vorschläge gemacht, diesem Problem zu begegnen. Mit der Forderung unter dem Punkt 2. b. des Petitums, der Schaffung einer bezirksübergreifenden zentralen Stelle, die sich allein auf die Überwachung und den Vollzug des Online-Handels konzentriert, bleiben die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN jedoch hinter dem zurück, was notwendig ist, um den Tierschutz in der Stadt nachhaltig voranzutreiben: der Schaffung einer Stelle eines oder einer Tierschutzbeauftragten.

Um hier möglichst umfassend den Tierschutz in der Stadt zu stärken, schlagen wir folgende Ergänzungen zum oben genannten Antrag vor.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Das Petitum der Drs. 22/9722 wird durch folgende Punkte ergänzt:

1. Der Senat schafft die Stelle eines/einer Tierschutzbeauftragten in der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz in Form einer eigenen fachlich und politisch unabhängigen Organisationseinheit.
2. Der beziehungsweise die Tierschutzbeauftragte wirkt mit an der Einhaltung tier- und artenschutzrechtlicher Bestimmungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg, arbeitet an neuen konzeptionellen Entwicklungen im Bereich Tierschutz, berät den Senat in allen Fragen des Tierschutzes und kann eigene Initiativen für den Tierschutz in Hamburg einbringen.
3. Der beziehungsweise die Tierschutzbeauftragte erstellt einen jährlichen Tätigkeitsbericht für die Bürgerschaft.
4. Der beziehungsweise die Tierschutzbeauftragte nimmt an den Beratungen des Hamburger Tierschutzbeirates teil.
5. Die Sitzungen des Tierschutzbeirates bei der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz finden in öffentlicher Sitzung statt.